

Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport: 12.06.2017

Tagesordnungspunkt: 4 Raumbedarf der Förderschulen für
ganzheitliche und motorische
Entwicklung

Vorlage-Nr.: 0457/IX

Sachlage:

Der Bedarf an Schulplätzen für Kinder und Jugendliche mit ganzheitlichem und motorischem Förderbedarf wird im Westerwaldkreis von der Katharina-Kasper-Schule in Wirges (KKS) und der Wilhelm-Albrecht-Schule in Höhn (WAS) abgedeckt. Die KKS steht in Trägerschaft des Caritasverbandes Westerwald – Rhein-Lahn, während die WAS der Heinrich-Haus gGmbH in Neuwied-Engers, einer Tochter der bundesweit agierenden Josefs-Gesellschaft, untersteht.

Mit beiden Schulträgern bestehen Verträge über die Bezuschussung der Einrichtungen. Analog der Finanzierung der staatlichen Schulen übernimmt der Westerwaldkreis die anfallenden Sachkosten und die Personalkosten der nichtpädagogischen Kräfte (Hausmeister und Schulsekretärin) in voller Höhe. Bei Baumaßnahmen wurde bisher gesondert vereinbart, dass die die Landesförderung übersteigenden Kosten zwischen Schulträger und Westerwaldkreis geteilt werden.

Die Arbeit der Schulen ist anerkannt und dem entsprechend entscheiden sich viele Eltern, ihre Schützlinge dort unterzubringen. Die Möglichkeiten der inklusiven Betreuung an Schwerpunktschulen wird in diesem Förderbereich eher selten genutzt.

Die Entwicklung der Schülerzahlen sei hier kurz dargestellt:

	2009/10	2010/11	2011/12	2012/13	2013/14	2014/15	2015/16	2016/17
KKS	69	77	82	82	71	71	79	82
WAS	77	78	85	85	90	93	93	102

Für das kommende Schuljahr haben sich an der KKS 94 Kinder angemeldet, bei der WAS sind es voraussichtlich 104 Schülerinnen und Schüler.

Prognosen für diesen Bereich sind schwierig. Die Entwicklung der Schülerzahlen hängt von vielen schwer einschätzbaren Einzelfaktoren, z.B. dem medizinischen Fortschritt, aber auch Zufälligkeiten ab. Für die WAS hat die ADD aber bereits eine Gesamtschülerzahl von 126 für das Schuljahr 2022/23 anerkannt. Die KKS kalkuliert etwas vorsichtiger und geht in einer mit der ADD abgestimmten Schülerprognose von ca. 100 Kindern in der Zukunft aus. Beide Schulen sind bereits heute zu klein.

Am deutlichsten wird dies an der WAS sichtbar, wo das Lehrerzimmer zu Gunsten einer Klasse aufgelöst, ein Container angeschafft und zwei nicht barrierefreie Räume in der benachbarten St.-Barbara-Schule der Verbandsgemeinde Westerbург angemietet wurden. Der Schulträger, die Heinrich-Haus gGmbH, erstellt z.Zt. in Zusammenarbeit mit der ADD ein Raumprogramm, um den mittelfristigen Bedarf festzulegen. Im Gespräch sind zehn weitere Klassenräume sowie eine kleine Sporthalle. Da die Grundstückssituation nur ein separates Gebäude erlaubt, wären auch noch weitere zusätzliche spezielle Pflegeräume notwendig. Die bisherigen Planungen des Schulträgers gehen von 2.100 m² zu bauenden Schulraum aus. Was die Schulaufsichtsbehörde davon anerkennt, bleibt abzuwarten.

Eine Verwirklichung des beantragten Raumbedarfs würde Kosten in Höhe von ca. 7 Mio. € bedeuten. Tröstlich dabei ist, dass hierbei die Landeszuwendung sich auf 80 v.H. beläuft. Bei gleichlautenden Finanzierungsvereinbarungen wie in der Vergangenheit würden ca. 700 T€ auf den Westerwaldkreis entfallen.

Bei der KKS sieht es ähnlich aus. Auch hier behilft man sich mit Fachräumen, die als Klassenräume genutzt werden. Der Caritasverband will das Raumproblem mit der Errichtung von drei Klassen und einem kleinen Nebenraumprogramm lösen. Die Abstimmung mit der ADD ist noch nicht abgeschlossen. Die vorgesehene Größenordnung lässt aber auf Baukosten von ca. 1 Mio. € und einen entsprechenden Kreisanteil von 100 T€ schließen.

Für beide geplante Baumaßnahmen sollte der Westerwaldkreis die Position beziehen, dass ein von der ADD anerkanntes Raumprogramm auch von uns akzeptiert wird. Sollten außerhalb dieser Raumprogramme weitere Wünsche der Schulträger formuliert werden, wären diese im Einzelfall abzustimmen. Hinsichtlich der Finanzierung sollte das Modell, dass die die Landeszuwendung übersteigenden Kosten zwischen Kreis und Schulträger geteilt werden, anvisiert werden.

Neben diesen mittel- bis langfristigen Lösungen, deren Realisierungen drei (KKS) bzw. vier bis fünf (WAS) Jahre benötigen, erbitten die Schulen und ihre Träger auch kurzfristige Hilfe beim Raumproblem.

Der KKS wäre mit einem Container für eine Klasse plus Nebenraum als Zwischenlösung geholfen. Da bis zu einer Inbetriebnahme des geplanten Anbaus noch einige Zeit ins Land geht, wäre die Kaufoption ratsam. Der Container könnte dann stehen bleiben und als Puffer für spätere Schüler Spitzen dienen. Inklusiv Fundamentierungs- und Anschlussarbeiten wäre mit Kosten von ca. 120 T€ zu rechnen. Die alternative Lösung, eine Nutzung der benachbarten Schulen in Trägerschaft der Verbandsgemeinde Wirges, konnte wegen Platzmangels dort, nicht verwirklicht werden.

Da bei der WAS sich der Schülerdruck größer darstellt und durch die Entfernung zum Hauptgebäude Pflege- und Therapieräume notwendig werden, ist auch die Zwischenlösung anders dimensioniert. Hier soll ein Pavillonbau mit ca. 250 m² Nutzfläche für 502.775,- € entstehen.

Da dies ein hoher Betrag für eine Übergangslösung wäre, hat man in der Kreisverwaltung nach Alternativen gesucht. Momentan wird geprüft, ob das Provisorium nicht auch in den leer stehenden Räumen der St.-Barbara-Schule eingerichtet werden könnte. Auch das würde nicht wirklich kostengünstig, da diese Lösung zwingend mit dem Bau eines Aufzuges verbunden wäre. Sollte die Prüfung zeitnah abgeschlossen sein, werden wir in der Sitzung berichten.

Für die provisorischen Lösungen gelten andere finanzielle Spielregeln. Das Land hält sich dabei aus der Förderung zurück. Die Schulträger bitten um eine Zuwendung von 80 v.H. der entstehenden Kosten. Bei der KKS wären dies ca. 100 T€ und bei der WAS 400 T€ bei einer Containerlösung.

Unstrittig ist, dass beide Schulen bereits heute zu klein sind und seit Jahren mit mehr oder weniger geeigneten Mitteln die Unterrichtsversorgung sicherstellen.

Der Westerwaldkreis wird sich schwerlich einem von der Schulaufsichtsbehörde genehmigten Raumprogramm verschließen können; auch die sehr hohe Landesförderung spricht dafür, den mittelfristigen Bauplänen positiv gegenüber zu stehen.

Etwas schwerer fällt die Zustimmung zu den provisorischen Maßnahmen. Auch vor dem Hintergrund, dass den beeinträchtigten Kindern eine möglichst gute Betreuung zusteht, können die Kostenfaktoren nicht außer Acht gelassen werden.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport empfiehlt dem Kreisausschuss, zu beschließen,

- dass den beiden Schulträgern zugesagt wird, dass der Westerwaldkreis der Verwirklichung eines schulaufsichtsbehördlich genehmigten Raumprogrammes positiv gegenübersteht,
- dass eine solche Baumaßnahme insofern kofinanziert werden könnte, wenn die die Landeszuwendung übersteigenden Kosten hälftig geteilt werden,
- dass der Bau von nicht förderfähigen Flächen grundsätzlich nicht finanziert werden kann; Abweichungen aber im begründeten Einzelfall nach vorheriger Absprache möglich sind,
- dass provisorische Lösungen auf ein Minimum an Kosten zu beschränken sind,
- dass hierfür ein Kostenanteil von 80 v.H. durch den Westerwaldkreis übernommen wird.

Der Kreisausschuss beschließt,

- dass den beiden Schulträgern zugesagt wird, dass der Westerwaldkreis der Verwirklichung eines schulaufsichtsbehördlich genehmigten Raumprogrammes positiv gegenübersteht,
- dass eine solche Baumaßnahme insofern kofinanziert werden könnte, wenn die die Landeszuwendung übersteigenden Kosten hälftig geteilt werden,
- dass der Bau von nicht förderfähigen Flächen grundsätzlich nicht finanziert werden kann; Abweichungen aber im begründeten Einzelfall nach vorheriger Absprache möglich sind,
- dass provisorische Lösungen auf ein Minimum an Kosten zu beschränken sind,
- dass hierfür ein Kostenanteil von 80 v.H. durch den Westerwaldkreis übernommen wird.